

Helmut Kohl

## Herausforderungen und Chancen für Deutschland

---

*Dr. Helmut Kohl, geb. 1930 in Ludwigshafen, ist Vorsitzender der CDU und Bundeskanzler.*

---

### **Positive wirtschaftliche Entwicklung**

Der Aufschwung in Deutschland hat Tritt gefaßt. Experten rechnen, daß wir in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von zweieinhalb bis drei Prozent verzeichnen können - das ist mehr als in den meisten anderen Industriestaaten. Im 1. Quartal 1998 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 3,8 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr, das ist das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung.

Während im vergangenen Jahr der Export zu einem guten Teil für die positive Wirtschaftsentwicklung verantwortlich war, zieht nun die Binnennachfrage ebenfalls an und eröffnet Wachstumschancen auch für solche Unternehmen, die ihre Güter und Dienstleistungen ganz oder überwiegend auf dem heimischen Markt absetzen. Die Preissteigerungsrate liegt mit 0,9 Prozent im Juli erstmals seit über 10 Jahren wieder unter der 1 Prozent-Marke. Damit haben wir Preisstabilität erreicht. Das ist Sozialpolitik im besten Sinne: Millionen Rentner und Kleinverdiener können sich auf die stabile Kaufkraft ihrer Einkommen verlassen. Nicht zuletzt hat Preisstabilität auch konjunkturelle Wirkungen: Ein Prozent weniger Preissteigerung bedeutet etwa 20 Milliarden DM Kaufkraftgewinn.

Auf dem Arbeitsmarkt ist die Trendwende erreicht. Im ersten Halbjahr 1998 ist die Zahl der Arbeitslosen um fast 750.000 zurückgegangen. Es kann keinen Zweifel mehr daran geben, daß der Aufschwung sich jetzt zunehmend stärker auf dem Arbeitsmarkt auswirkt.

Bereits seit Mai liegt die Arbeitslosenzahl in ganz Deutschland unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Im Westen lagen die Arbeitslosenzahlen im Juni den sechsten Monat in Folge unter denen des Vorjahres. In den neuen Ländern ist die Arbeitslosigkeit im Juni erstmals seit September 1995 unter das Niveau des Vorjahres gefallen. Von Mai auf Juni waren hier 70.400 Menschen weniger arbeitslos. Dies ist der bisher größte Rückgang in einem Juni seit der Wiedervereinigung. Es ist klar erkennbar: Der Konjunkturmotor hat den Arbeitsmarkt in Deutschland in Bewegung gesetzt - die Entlastung geht weit über das saisonal übliche Maß hinaus. Dies zeigt, daß die Reformpolitik der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung greift.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß das Angebot an freien Stellen deutlich zugenommen hat. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen lag im Juni 1998 mit 483.400 um fast 120.000 höher als im Juni des Vorjahres. Da viele offene Stellen den Arbeitsämtern nicht gemeldet werden, liegt die tatsächliche Zahl der offenen Stellen mehr als doppelt so hoch. In einer Reihe von Branchen, beispielsweise Metall, Elektro, Automobil und Telekommunikation, ist eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen geschaffen worden. Viele Unternehmen suchen wieder verstärkt Fachkräfte.

Trotz dieser positiven Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer noch zu hoch. Dies ist ein ökonomisches, vor allem aber auch ein menschliches Problem. Denn hinter all den Zahlen und Statistiken stehen Menschen, stehen Familien, stehen Schicksale. Deshalb bleibt es unser vordringliches Ziel, die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen und insbesondere den jungen Leuten, die erstmals in das Berufsleben eintreten wollen, eine verlässliche Perspektive zu geben.

### **Mehr Beschäftigung in Deutschland**

Mit zunehmendem technischen Fortschritt steigen auch die Anforderungen an die Arbeitnehmer. Ein Blick in die Arbeitslosenstatistiken zeigt,

daß ein großer Teil der Langzeitarbeitslosen nicht über eine qualifizierte Ausbildung verfügt. Deshalb ist es in vielen Fällen notwendig, durch Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung die Voraussetzungen für eine Arbeitsvermittlung zu verbessern.

Dauerhaft sichere Arbeitsplätze erreicht man nicht durch einen öffentlich geförderten „zweiten“ Arbeitsmarkt. Dieser ist aber wichtig als Brücke zur Wiedereingliederung in den „ersten“ Arbeitsmarkt. Deshalb geben wir in diesem Jahr auch fast 41 Milliarden DM für die aktive Arbeitsmarktpolitik aus, davon rund 20 Milliarden DM in den neuen Ländern. Außerdem haben wir neue Instrumente zur Wiedereingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt geschaffen und im Arbeitsrecht Einstellungshemmnisse beseitigt.

Eine sinnvolle Ergänzung der bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist ein höherer Arbeitsanreiz für Arbeitslose, der darin besteht, ihnen von einem Verdienst mehr als gegenwärtig zu belassen. Bisher sind Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger kaum dazu motiviert, sich eine geringer bezahlte Arbeit zu suchen, denn der Lohn wird zum größten Teil mit der staatlichen Unterstützung verrechnet. Wir wollen, daß Sozialhilfeempfänger mehr als bisher hinzuverdienen können, aber die SPD-Mehrheit im Bundesrat hat den entsprechenden Gesetz-Entwurf abgelehnt, obwohl die SPD in ihrem Wahlprogramm unsere Überlegungen aufgegriffen hat. Darüber hinaus streben wir für die nächste Legislaturperiode ein sogenanntes Kombilohn-Modell an: Arbeitslose sollen ihre staatliche Unterstützung durch die Aufnahme einer niedrig bezahlten Tätigkeit deutlicher als bisher aufstocken können.

Auch die Sozialpartner sind gefordert, ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten- Ich nenne hier nur die Stichworte Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Reform des Flächentarifvertrages sowie Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik. Auch die Möglichkeit von Einstiegstarifen für Arbeitslose muß stärker genutzt werden. Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose haben etwa in der Chemie-Industrie schon zu 3.000 Einstellungen geführt.

### **Senkung der steuerlichen Belastung**

Wir verfügen in Deutschland über ein großes Potential hervorragend ausgebildeter Arbeitnehmer, über eine vorbildliche Infrastruktur und einen breiten Konsens zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Das sind Pluspunkte, die bei einer Standort- oder Investitionsentscheidung eine gewichtige Rolle spielen. Leider gibt es aber auch eine Reihe von Punkten, die viele ausländische Unternehmen dazu bewegen, ihre Investitionen nicht in Deutschland, sondern anderswo zu tätigen. Dazu gehört vor allem unser Steuersystem.

Deshalb haben wir ein in sich schlüssiges und realisierbares Gesamtkonzept vorgelegt, nach dem der Spitzensteuersatz für die Einkommensteuer von

53 auf 39 Prozent und der Eingangssteuersatz auf 15 Prozent gesenkt werden soll. Die Körperschaftssteuer für ausgeschüttete Gewinne soll auf 25 Prozent und für einbehaltene Gewinne auf 35 Prozent sinken. Das macht unser Land attraktiver für Investitionen in neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Gleichzeitig soll die Zahl der Ausnahmen verringert werden. So würde unser Steuersystem übersichtlicher, gerechter und zugleich international wettbewerbsfähiger. Aus gutem Grund hat dieses Konzept bei den Experten im In- und Ausland breite Zustimmung gefunden.

Wir wären im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schon ein gutes Stück weiter, wenn nicht die SPD-Mehrheit im Bundesrat die große Steuerreform blockiert hätte. Wir stellen deshalb unser Konzept bei der Bundestagswahl mit zur Abstimmung und wollen es unmittelbar nach der Bundestagswahl wieder in das Gesetzgebungsverfahren einbringen.

### **Notwendiger Umbau des Sozialstaates**

Nur ein wirtschaftlich starker Staat kann ein sozial starker Staat sein. Eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme ist deshalb, die Wachstumsdynamik in unserer Sozialen Marktwirtschaft nachhaltig zu stärken und damit die Grundlage für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehört es, die Lohnzusatzkosten, die auf den Arbeitsplätzen lasten, zu senken.

Für die CDU ist eine menschliche Gesellschaft immer auch eine solidarische Gesellschaft, in der jeder die Pflicht hat, durch seine Arbeit und Leistung dazu beizutragen, daß die Gemeinschaft aller für die einzelnen eintreten kann. Alle wichtigen Sozialgesetze wurden von der CDU durchgesetzt: Sie reichen von der Verankerung der Tarifautonomie im Grundgesetz über den Kündigungsschutz, das Betriebsverfassungsgesetz, den Mutterschutz, das Bundessozialhilfegesetz bis hin zur Einführung der Pflegeversicherung. Das Netz der sozialen Sicherung in Deutschland ist dicht geknüpft: Mehr als jede dritte Mark, die in unserer Volkswirtschaft erarbeitet wird, geben wir für Sozialleistungen aus.

Je höher das Sicherungsniveau ist, das ein Land bietet, um so höher sind auch die Steuern und Abgaben, um diese Absicherung zu finanzieren. 1997 lagen die Lohnzusatzkosten in der verarbeitenden Industrie mit 21,56 DM je Arbeitsstunde in Westdeutschland im internationalen Vergleich an absoluter Spitze. In Großbritannien betragen sie 8,19 DM, in Frankreich 15,42 DM und selbst in Schweden nur 16,23 DM. Diese Kostenverhältnisse haben zur Folge, daß die Unternehmen durch den Wettbewerb gezwungen werden, arbeitsintensive Produktionen ins Ausland zu verlagern beziehungsweise sich im Ausland anzusiedeln, selbst wenn dort die Produktivität geringer ist. Dadurch gehen in Deutschland Arbeitsplätze verloren beziehungsweise werden keine neuen geschaffen.

Das zeigt: Wir müssen Maßnahmen ergreifen, damit die Arbeit bezahlbar ist. Dies ist nicht nur notwendig, um dem größten Problem unserer Tage, der

hohen Arbeitslosigkeit, zu begegnen. Der Fortbestand des Sozialstaates und des hohen sozialen Sicherungsniveaus ist auch davon abhängig, daß möglichst viele einen Beitrag zu dessen Finanzierung leisten. Dabei darf im übrigen nicht vergessen werden, daß über die Hälfte der Lohnzusatzkosten tarifvertraglich oder betrieblich bedingt sind. Insofern sind Tarifpartner und Politik in gleicher Weise gefordert.

Nicht überall haben die Reformen, die wir mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg gebracht haben, Zustimmung gefunden. Dabei wird jedoch oft verkannt, daß diese Reformen unabdingbar sind.

Die veränderten demographischen Bedingungen beispielsweise verlangen, unser System der Alterssicherung anzupassen. Das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stark verändern und es ist deshalb notwendig, frühzeitig und konsequent darauf zu reagieren. Mit der Rentenreform 1999 bauen wir deshalb in die Rentenformel einen demographischen Faktor ein, durch den die Lasten, die zusätzlich durch die – erfreulicherweise - steigende Lebenserwartung entstehen, gerecht auf Beitragszahler und Rentner verteilt werden. Dadurch werden die Renten etwas langsamer steigen - eine Rentenkürzung gibt es nicht.

In der nächsten Legislaturperiode wird es darum gehen, der Eigenvorsorge ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Mit der verbesserten Vermögensbildung haben wir schon einen ersten wichtigen Schritt getan. In der Zukunft wird es unumgänglich sein, daß neben das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung verstärkt auch kapitalgedeckte Vorsorge tritt. Dazu brauchen die jüngeren Menschen einen größeren Freiraum. Deshalb auch stehen Renten- und Steuerreform in einem engen Zusammenhang.

Ich warne ausdrücklich vor Überlegungen, unser bewährtes Rentensystem grundsätzlich umzustellen. Das wäre ein vollkommen falscher Weg.

### **Lehrstellen - Investitionen in die Zukunft**

Deutschland als rohstoffarmes Land kann im internationalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn wir das hohe Qualifikationsniveau unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewahren. Deshalb brauchen wir eine ausreichende Zahl an Lehrstellen, um den jungen Menschen in unserem Land eine Perspektive zu geben. Eine gute Ausbildung ist immer auch eine Investition in die Zukunft. Das gilt für die Zukunft eines Unternehmens genauso wie für die Zukunft unserer Volkswirtschaft.

Die Lehrstellenbilanz des letzten Jahres kann sich sehen lassen: 1997 wurden 3,2 Prozent mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Jahr zuvor. Auch in diesem Jahr setzen wir uns dafür ein, daß allen ausbildungswilligen und -fähigen jungen Menschen eine Ausbildungschance gegeben werden kann. Die Prognosen sind gut. Industrie, Handel und Handwerk

wollen 1998 rund 25.000 zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten. Der Bund erhöht sein Ausbildungsplatzangebot um 4 Prozent. Angesichts der weiter steigenden Nachfrage sind aber auch in den nächsten Jahren alle Beteiligten - Unternehmen, Gewerkschaften, Politik - dazu aufgerufen, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um für die steigende Zahl ausbildungsplatzsuchender Jugendlicher ausreichend Lehrstellen bereitzuhalten.

### **Der Aufbau Ost kommt voran**

Wer mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer geht, sieht, daß es spürbar vorangeht. Wir haben entscheidende Voraussetzungen für den Aufschwung in den neuen Bundesländern geschaffen. Dort entsteht das modernste Wirtschaftszentrum im Herzen Europas mit sehr guter Verkehrsinfrastruktur und dem modernsten Telekommunikationsnetz der Welt. Durch zahlreiche Investitionshilfen konnten bestehende Unternehmen die Anpassungslasten bewältigen und Menschen motiviert werden, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen.

Die Menschen in den neuen Bundesländern haben angepackt und sich in einer beispiellosen Kraftanstrengung für den wirtschaftlichen Aufschwung engagiert. Die Politik kann die Rahmenbedingungen verbessern - die Chancen ergreifen müssen die Bürger selbst. Nach vierzig Jahren SED-Regime war für die Menschen in den neuen Ländern der Übergang in die Soziale Marktwirtschaft nicht einfach. Sie wurden mit tiefgreifenden Veränderungen konfrontiert, die alle Lebensbereiche betreffen. Sie haben sich auch angesichts erheblicher Herausforderungen nicht entmutigen lassen, sondern sich mit großer Entschlossenheit und Standfestigkeit durch schwierige Zeiten gekämpft. Sie dürfen auf diese Leistung stolz sein - und wir dürfen stolz auf unsere Landsleute sein.

Wahr ist aber auch, daß die Erholung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt später einsetzt, als von uns allen erhofft. Wir werden deshalb die Standortbedingungen weiter verbessern, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den neuen Bundesländern zu stärken. Seit Jahren betragen die Nettotransfers dorthin weit über 100 Milliarden DM jährlich. Die CDU-geführte Bundesregierung bleibt auch in Zukunft ein verlässlicher Partner beim Aufbau Ost. Der Entwurf für den Bundeshaushalt 1999 sieht als einen Schwerpunkt die Fortsetzung des Aufbauwerks in den neuen Ländern vor. Bereits im letzten Jahr haben Bund und Länder beschlossen, die steuerliche Investitionsförderung Ost auf hohem Niveau bis zum Jahr 2004 fortzuführen.

Die Trendwende auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt greift Schritt für Schritt auf den Arbeitsmarkt Ost über. Je mehr es uns gelingt, mit weiteren Reformen, insbesondere im Bereich der Steuerpolitik, zusätzliche Investitionen anzustoßen und die Wachstumskräfte zu stärken, um so schneller wird sich die Lage auch auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern entspannen. Dazu können und müssen jedoch auch die Sozialpartner ihren Beitrag leisten.

## Europäische Union - Schlüssel für Wohlstand

Oft wurde in den letzten Jahren von der Globalisierung wie von einem Schreckgespenst gesprochen. Wachsende internationale Konkurrenz, das Zusammenrücken der Wirtschaftsstandorte dank neuer Technologien, kräftige Entwicklungssprünge in ehemals weltwirtschaftlich unbedeutenderen Staaten sind aber keine Bedrohung, sondern eine einmalige Chance für den Wohlstand in der ganzen Welt. Dazu sind zweifelsohne Anpassungen notwendig. Die Welt dreht sich heute schneller - und wir müssen uns dem Tempo anpassen. Unbeweglichkeit führt in dieser Situation zum Abstieg in die 2. Liga der Weltwirtschaft.

Mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ergreifen wir die Chancen, die uns die Globalisierung bietet. Die Maastrichter Kriterien haben bereits in allen Staaten der Europäischen Union gewaltige Anstrengungen ausgelöst, die durch ein vorher nie erreichtes Maß an Preisstabilität, durch solide Staatshaushalte und durch ein historisch niedriges Zinsniveau belohnt wurden. Mit der Euro-Zone wird ein einheitlicher Markt mit fast 300 Millionen Menschen und einem Anteil von rund 20 Prozent am Welteinkommen entstehen - vergleichbar dem Anteil der USA. Die neue gemeinsame Währung wird Europa als einen Raum wirtschaftlichen Wohlstands und monetärer wie sozialer Stabilität weiter festigen.

Gerade für Deutschland als zweitgrößte Exportnation der Welt ist die Einführung des Euro von besonderer Bedeutung. Jeder fünfte Arbeitsplatz in unserem Land hängt vom Export ab. Um so wichtiger ist es, Arbeitsplätze in unserer Exportwirtschaft so gut wie möglich vor Wechselkursrisiken zu schützen. Gerade die Beschäftigten deutscher Unternehmen, beispielsweise in der Automobilindustrie, waren in der Vergangenheit Leidtragende, wenn die D-Mark gegenüber anderen europäischen Währungen massiv aufgewertet wurde. Mehr als 40 Prozent unserer Ausfuhren gehen in die Länder, die beim Start der Währungsunion von Anfang an dabei sind. Gegenüber diesen Ländern bestehen künftig keine Wechselkursrisiken mehr. Dies bedeutet auch weniger Risiken für exportabhängige Arbeitsplätze.

Natürlich ist der Euro kein Patentrezept, mit dem die Arbeitsmarktprobleme in Deutschland auf einen Schlag gelöst werden können. Wahr ist: Das Erledigen unserer Hausaufgaben nimmt uns niemand ab - ob mit oder ohne Euro. Doch erst mit der Fortsetzung des von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurses der Reformen und Veränderungen wird der Euro seine positiven Wirkungen für Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland voll entfalten.

Die Europäische Union ist natürlich weit mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. 15 Staaten haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam Ziele zu verwirklichen, die sie im Alleingang nie erreichen könnten. Die Europäische Union ist vor allem anderen ein Zusammenschluß für Frieden und Freiheit, sie ist eine Friedens- und Freiheitsordnung für Europa auch

im 21. Jahrhundert. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wird weiter dafür eintreten, daß das „Haus Europa“ auf einem sicheren Fundament steht und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Haus, sondern auch Heimat bietet.